

AM/AN. 466

**Verein der Diplombibliothekare
an Wissenschaftlichen Bibliotheken e.V.**

463 Bochum-Querenburg
Universitätsbibliothek, Postfach 2148
Postscheckkonto Hamburg 29486 - 208

**Verein
Deutscher Bibliothekare e. V.**

3 Hannover 1
Am Archive 1
Postscheckkonto München 37 64 - 804

RUNDSCHREIBEN 1975/3

Inhalt: Vorstands- und Beiratssitzung des VdDB S. 1. 26. ordentliche Mitgliederversammlung des VdDB S. 1-3. Anlage Resolutionen S. 3. Sitzung des Vereinsausschusses des VDB S. 4. Versammlung der Beschäftigten an Bibliotheken, Archiven und Dokumentationsstellen in München S. 4-5. Mitgliederversammlung der Landesgruppe Hamburg des VdDB und des Landesverbandes des VDB S. 5. Schleswig-Holstein: Ausbildung und Fortbildung S. 5-6. Aus den Mitteilungen des BMFT S. 6. Literaturhinweis S. 6. Personalnachrichten S. 7-8.

Vorstands- und Beiratssitzung des VdDB

Am 20. 5. 1975 fand im Rahmen des diesjährigen Bibliothekartages in Konstanz eine Vorstands- und Beiratssitzung des VdDB statt. U. a. wurde über folgende Tagesordnungspunkte verhandelt:

1. Neue Satzungen: Die erneute Beanstandung des § 7,5 durch das Registergericht macht eine nochmalige Abstimmung über eine wiederum veränderte Fassung dieses Paragraphen der bereits gebilligten Satzung durch die Mitgliederversammlung notwendig. Die Teilnehmer an der Vorstands- und Beiratssitzung diskutierten drei verschiedene neue Fassungen und entschieden sich dann, der Mitgliederversammlung zu empfehlen, sich für die folgende Fassung auszusprechen: „. . . Einzelvertretungsbefugnis hat ausschließlich der Vorsitzende, die beiden Stellvertreter sind nur gemeinsam vertretungsberechtigt . . .“.
2. Neues Mitgliederverzeichnis: Das neue Mitgliederverzeich-

nis soll zusammen mit den neuen Satzungen, der Wahlordnung, den Geschäftsordnungen und der Bibliographie der Kollegenpublikationen gedruckt werden. Da die Genehmigung der neuen Satzungen noch abgewartet werden muß, wird sich der Druck des Verzeichnisses noch etwas verzögern.

3. Kooperationsmodell mit dem VDB: Der Vorstand und Beirat des VdDB beschloß, den von einer Ad-hoc-Kommission aus VDB- und VdDB-Mitgliedern erarbeiteten Entwurf eines Abkommens über die Kooperation beider Vereine der Mitgliederversammlung zur Abstimmung vorzulegen.
4. Fortbildungspapier: Die Mitglieder der Kommission für Berufs- und Ausbildungsfragen des VdDB informierten über den Stand des von den Ausbildungskommissionen des VDB und des VdDB gemeinsam erarbeiteten Fortbildungspapiers, welches im Herbst 1975 vorgelegt werden soll.

Protokoll über die 26. ordentliche Mitgliederversammlung des VdDB am 22. Mai 1975 in Konstanz

Beginn:	9.00 Uhr
Ende:	12.30 Uhr
Anwesend:	193 Mitglieder
Tagungsort:	Auditorium maximum der Universität
Versammlungsleiter:	Ingeborg Sobottke (Vorsitzende)

Die Vorsitzende, Ingeborg Sobottke, Bochum, eröffnete die gemäß § 10 der Vereinssatzung form- und fristgerecht einberufene Mitgliederversammlung, begrüßte die anwesenden Mitglieder und Gäste und stellte die Tagesordnung fest, die in der Form, wie sie im Rundschreiben 1975/2 den Mitgliedern zur Kenntnis gegeben worden war, angenommen wurde:

1. Fragen zum Jahresbericht 1974/75 (veröffentlicht im Rundschreiben 1975/2)
2. Fragen zum Kassenbericht 1974 und Haushaltsvoranschlag 1975 (veröffentlicht im Rundschreiben 1975/2)
3. Abkommen über die Kooperation des VDB und VdDB
4. Erläuterung zum Projekt „Dienstpostenbewertung und Stellenbeschreibung“ der Kommission für Besoldungs- und Tariffragen
5. Anträge (es lagen drei Anträge vor):
 1. Antrag auf Satzungsänderung ,
 2. Resolution des VDB und des VdDB zum Bundesförderungsprogramm (s. Anlage)
 3. Resolution an den Bundesinnenminister zur Neufestsetzung der Tätigkeitsmerkmale für Angestellte im wissenschaftlichen Bibliotheksdienst (s. Anlage)
6. Verschiedenes

Zu 1: Im Zusammenhang mit dem vorgelegten Jahresbericht 1974/75 kamen aus der Mitgliederversammlung zwei Anfragen:

Zur Höhe der Beitragszahlung des Vereins an die Ifla – zum anderen zum Stand der seinerzeit angestrebten Fusionsverhandlungen mit dem VDB.

Die Vorsitzende erläuterte jeweils den entsprechenden Sachverhalt über ihre im Rundschreiben 1975/2 gebrachten Ausführungen hinaus.

Zu 2: Zu dem zur Kenntnis gebrachten VdDB-Kassenbericht 1974 und Haushaltsvoranschlag 1975 wurden keine Fragen gestellt. Aufgrund des Rechnungsprüfungsberichts der beiden Kassenprüferinnen, Frau Andoleit und Frau Babbel (beide aus Bremen), wurde durch Frau Münnich, die Beirätin des gastgebenden Landes, die Entlastung des Vorstandes beantragt und einstimmig von der Versammlung erteilt.

Zu 3: Der Mitgliederversammlung war bereits der von der aus VDB- und VdDB-Mitgliedern bestehenden Ad-hoc-Kommission erarbeitete Entwurf eines Abkommens über die Kooperation beider Vereine durch Veröffentlichung im Rundschreiben 1975/2 bekannt. Entsprechend der in der vorausgegangenen Vorstands- und Beiratssitzung getroffenen Vereinbarung erfolgte die Empfehlung der Annahme des Abkommens, das daraufhin zur Abstimmung gestellt und von der Mitgliederversammlung bei drei Stimmenthaltungen mit 190 Stimmen gebilligt wurde.

Zu 4: Herr Mursch übernahm die Vorstellung des Projekts „Dienstposten- und Stellenbewertung“, mit dem sich die Kommission für Besoldungs- und Tariffragen befähigt hat, und berichtete über die Aussichten, die dieses Forschungsprojekt hat. Ein solches Forschungsvorhaben kann unser Verein keinesfalls finanzieren. Mit eventuell in Frage kommenden Finanzierungsträgern hat sich die Vorsitzende in Verbindung gesetzt. Verhandlungen über die Realisierung des Projekts mit der AfB als dem allen Erkundigungen nach einzig möglichen Geldgeber können erst erfolgen, wenn diese wieder einen neuen Leiter hat.

Zu 5: Der Mitgliederversammlung lagen drei Anträge vor:

1. Die Vorsitzende teilte der Mitgliederversammlung die Notwendigkeit einer nochmaligen Abstimmung über eine wiederum veränderte Fassung des § 7,5 der seinerzeit bereits verabschiedeten Satzung aufgrund der erneuten Beanstandung dieses Paragraphen durch das Registergericht mit.

Wie in der vorausgegangenen Vorstands- und Beiratssitzung beschlossen, wurde zunächst der Dringlichkeitsantrag gestellt, diese Satzungsänderung unter Tagesordnungspunkt 5 als ersten Antrag zu behandeln. Dem Antrag wurde bei 1 Gegenstimme und 6 Stimmenthaltungen mit 186 Stimmen entsprochen. Durch die Vorsitzende erfolgte daraufhin die Gegenüberstellung der drei verschiedenen neuen Fassungen:

A. Vorstand im Sinne des § 26 BGB sind der Vorsitzende und seine beiden Stellvertreter. Jeder ist einzelvertretungsberechtigt. Im Innenverhältnis wird dazu bestimmt, daß die beiden Stellvertreter nur dann zur Vertretung befugt sind, wenn der Vorsitzende ihnen seine Verhinderung mitteilt. Der Vorsitzende kann Verpflichtungen nur in der Weise begründen, daß die Haftung auf das Vereinsvermögen beschränkt ist. Eine Haftung der Mitglieder ist ausgeschlossen.

B. Vorstand im Sinne des § 26 BGB sind der Vorsitzende und seine beiden Stellvertreter. Einzelvertretungsbefugnis hat ausschließlich der Vorsitzende, die beiden Stellvertreter sind nur gemeinsam vertretungsberechtigt. Der Vorstand darf Verpflichtungen nur in der Weise begründen, daß die Haftung auf das Vereinsvermögen beschränkt ist. Eine Haftung der Mitglieder ist ausgeschlossen.

C. Vorstand im Sinne des § 26 BGB sind der Vorsitzende und die beiden stellvertretenden Vorsitzenden. Je zwei Vorstandsmitglieder sind gemeinsam vertretungsberechtigt, wovon einer der Vorsitzende sein muß. Der Vorstand darf Verpflichtungen nur in der Weise begründen, daß die Haftung auf das Vereinsvermögen beschränkt ist. Eine Haftung der Mitglieder ist ausgeschlossen.

Der Mitgliederversammlung wurde empfohlen, sich für die unter B aufgeführte Fassung auszusprechen. Die einzelnen Fassungen sollten zunächst einzeln zur Abstimmung gestellt werden. Durch die Bestätigung der bereits vom Vorstand und Beirat in seiner Sitzung vom 20. 5. einstimmig angenommenen Fassung B durch die Mitgliederversammlung bei 2 Gegenstimmen und 6 Stimmenthaltungen mit 185 Stimmen erübrigte sich die Abstimmung der beiden anderen Fassungen.

Die Satzung wurde somit in der Fassung vom 13. 6. 1973 mit der Änderung vom 6. 6. 1974 und dieser Änderung vom 23. 5. 1975 gebilligt.

2. Der von Vertretern beider Verbände erarbeitete Resolutionsentwurf zum Bundesförderungsprogramm (s. Anlage) wurde in der Mitgliederversammlung verlesen und mit 187 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen angenommen.

3. Als letzter Antrag lag eine Resolution an den Bundesinnenminister zur Neufestsetzung der Tätigkeitsmerkmale für Angestellte im wissenschaftlichen Bibliotheksdienst (s. Anlage) vor, welche ebenfalls in der Mitgliederversammlung zur Abstimmung gestellt wurde. Diese Resolution wurde mit 180 Stimmen bei 13 Stimmenthaltungen von der Mitgliederversammlung gebilligt.

Zu 6: 1. Herr Popst sprach das Problem der Fortbildung an – bezogen vor allem auf die Angestellten solcher Bibliotheken, die nicht den Ländern unterstehen. Unabhängig vom Erscheinen des zu erwartenden Papiers zur bibliothekarischen Fort- und Weiterbildung rät er vor allem diesen Mitgliedern, eigene Initiative und Aktivität zu entwickeln, um den zuständigen Unterhaltsträger oder die veranstaltenden Ausbildungsstätten zu bewegen, ihnen Informationen und gegebenenfalls finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen. Er bittet um Mitteilung an die Kommission für Berufs- und Ausbildungsfragen in allen Fällen, wo stattfindende Fortbildungsmaßnahmen bzw.

-veranstaltungen nicht hinreichend bekannt gemacht werden.

2. Die Teilnahme von Kollegen am Bibliothekartag wurde angesprochen, die sich nicht offiziell anmelden, um die Teilnehmergebühr zu sparen. Die Vorsitzende sagte zu, daß in den Fällen, in denen Vereinsmitgliedern ein durch die Beiräte aus gezahlter Zuschuß zur Reise gewährt wurde, dieser zurückgefordert würde, wenn keine offizielle Anmeldung erfolgt ist.

3. Es wurde das Thema der Neugestaltung der Studiengänge der Fachhochschule Hamburg – Fachbereich Bibliothekswesen angesprochen, wo Tendenzen in Richtung einer Verlängerung der Ausbildung von sechs auf sieben bzw. acht Semester zu erkennen sind, da offensichtlich den Absolventen die unbedingt erforderlichen praktischen Kenntnisse fehlen.

Die Vorsitzende schloß die Versammlung mit dem Wunsch auf ein Wiedersehen in Münster beim Bibliothekartag 1976.

Anlage: Resolutionen

1. An die Kultusminister der Länder, an das BMFT, BMI und BMBW

Resolution der Mitgliederversammlung des Vereins Deutscher Bibliothekare und des Vereins der Diplombibliothekare an wissenschaftlichen Bibliotheken.

Die Mitgliederversammlung des Vereins Deutscher Bibliothekare hat in einer Resolution auf ihrer Sitzung in Braunschweig 1974 den Bundesminister für Forschung und Technologie aufgefordert, die bibliothekarischen Verbände beim Fortgang der Planungen im Rahmen des Bundesförderungsprogrammes Information und Dokumentation zu beteiligen.

Eine solche Beteiligung ist, obwohl sie in Aussicht gestellt wurde, seitens des Ministeriums bis Mai 1975 nicht erfolgt.

Der Verein Deutscher Bibliothekare und der Verein der Diplombibliothekare sind der Meinung, daß der Bund in den zu treffenden Planungsentscheidungen die legitimierten Vertreter der deutschen Bibliotheken und der deutschen Bibliothekare nicht weiterhin übergehen darf:

- als offizieller Vertreter der Bibliotheken ist der Deutschen Bibliotheksverband,
- als Vertreter der Interessen der betroffenen Bibliothekare an wissenschaftlichen Bibliotheken der Verein Deutscher Bibliothekare und der Verein der Diplombibliothekare

in den zuständigen zentralen Gremien (z. B. in der Kernplanungsgruppe) stimmberechtigt einzuschalten.

Der Verein Deutscher Bibliothekare und der Verein der Diplombibliothekare sind der Meinung, daß die Politik der Bundesregierung ungläubwürdig ist, solange bei den Entscheidungsprozessen auf einem so wichtigen wissenschaftspolitischen Gebiet die Vertretungen eines wesentlichen Teils der Betroffenen nicht berücksichtigt werden.

Konstanz, den 22. Mai 1975.

gez. Totok (Vors. des VDB) gez. Sobottke (Vors. des VdDB)

2. Resolution des VdDB an den Bundesinnenminister

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Die Mitgliederversammlung des Vereins der Diplombibliothekare an wissenschaftlichen Bibliotheken e. V., die anläßlich des 65. Deutschen Bibliothekartages in Konstanz zusammengetreten ist, fordert nach jahrelanger Verzögerung die beschleunigte Durchführung und den Abschluß der seit 1964 anstehenden Tarifverhandlungen zur Neufestsetzung von Tätigkeitsmerkmalen zum Bundesangestellten-tarif.

Die Unzufriedenheit der Bibliotheksangestellten ist begründet und berechtigt. Die Notwendigkeit und die Verpflichtung der Tarifpartner, neue Tätigkeitsmerkmale zu schaffen, basiert auf folgenden Fakten:

1. Die seit 1960 bestehenden Tätigkeitsmerkmale entsprechen nicht der bildungs- und gesellschaftspolitischen Funktion der Bibliothekare.
2. Die Ausbildung der Bibliothekare wurde in der Zwischenzeit auf die Ebene der Hochschul- bzw. Fachhochschulausbildung mit einem 6-semesterigen Studium angehoben.
3. Im Vergleich mit dem Beamtensektor – Stellenschlüsselverbesserung und Durchlaufmöglichkeit bis zur Besoldungsgruppe A 13 (entsprechend BAT II a) – befinden sich die Bibliotheksangestellten seit Jahren eindeutig im finanziellen Nachteil (bis BAT IV b).
4. Den Erfordernissen angepaßte Tätigkeitsmerkmale und -Kataloge liegen den Arbeitgebern bereits seit langem vor.

Der Grundsatz der Gleichbehandlung und die Fürsorgepflicht der Arbeitgeber zwingen jedoch zu einer raschen und sachgerechten Lösung der anstehenden Tarifprobleme.

Aus der Sitzung des Vereinsausschusses des VDB

Landesverbände

Aufgrund des positiv ausgefallenen Gutachtens des Vorsitzenden der Rechtskommission über die Vereinbarkeit der neuen Satzung des Landesverbandes Bayern mit der Satzung des VDB, erkennt der Vereinsausschuß einstimmig die Verbindlichkeit der neuen Satzung an.

Kommissionen

a) Übergabe an den DBV

Die offizielle Übergabe der Kommissionen an den DBV erfolgte im Rahmen des Konstanzer Bibliothekartages. Für den **Fachbereich der AfB** wurden als Vertreter des VDB die Mitglieder des Vereinsausschusses Pauer und Totok nominiert.

b) Fortbildungskommission

Es wurde über den Stand der **Fortbildungsdiskussion** informiert. Gemeinsam mit den öffentlichen Büchereien sei in einem Ad-hoc-Ausschuß des DBV ein „Gesamtfortbildungsplan“ als Empfehlung erarbeitet worden. Es wurde eine deutliche Unterrepräsentanz des wissenschaftlichen Bibliothekswesens in diesem Gremium konfrontiert, da nur ein Vertreter der Ausbildungskommission des VDB vertreten ist. Der Vorstand wurde ermächtigt, die bei der Erarbeitung eines gemeinsamen Rahmenplans der beiden Biblio-

thekssparten auftauchenden Probleme gemeinsam mit den beteiligten Gremien zu klären.

Bundesförderungsprogramm, Information und Dokumentation

Die Ad-hoc-Gruppe des Vereins zum IuD-Programm wurde aufgefordert, eine Analyse des Ergebnisstandes der bisherigen Programmplanung dem Vereinsausschuß vorzulegen.

Neuwahl von Mitgliedern der Deutschen Unesco-Kommission

Das bisherige Mitglied Prof. K ö s t e r wurde einstimmig wieder nominiert und auf der Konstanzer Mitgliederversammlung bestätigt.

Mitgliedschaft

Der Ausschuß entscheidet, daß auch für die in der Oktober-sitzung 1974 in den Verein aufgenommenen Kollegen die Mitgliedschaft sofort in Kraft tritt, also auch die Mitgliedsbeiträge für das laufende Jahr noch fällig werden.

Berufsständische Vertretungen

Das Verhältnis des VDB zu den überregionalen berufsständischen Vertretungen war Thema einer Sondersitzung am 24. 4. 1975 in Würzburg.

Versammlung der Beschäftigten an Bibliotheken, Archiven und Dokumentationsstellen am 21. Mai 1975 in München

Am 21. Mai 1975 fand auf Einladung der Bezirksverwaltung Bayern der Gewerkschaft ÖTV im Münchener DGB-Haus eine öffentliche Versammlung der Beschäftigten an Bibliotheken, Archiven und Dokumentationsstellen statt.

Über 170 Teilnehmer aus ganz Bayern protestierten gegen die Diskriminierung und katastrophale Unterbewertung ihrer Arbeit. Sie sahen darin – entgegen allen kulturpolitischen Plänen – eine eklatante Mißachtung der Aufgaben, die informationsaufbereitende und -vermittelnde Institute im Auftrag der Öffentlichkeit heute erfüllen.

Der Vorsitzende der ÖTV-Landesfachgruppe Bibliotheken, Dipl.-Bibliothekar Hagen Meyer-Kröger, stellte fest, daß sich seit den 50er Jahren Struktur und Funktion v. a. der öffentlichen Bibliotheken grundlegend gewandelt haben; sie verstehen sich zunehmend als multimediale Informations- und Kommunikationszentren, die in Zusammenarbeit mit anderen Bildungs- und Freizeiteinrichtungen allen Schichten der Bevölkerung offenstehen. Betont wurde, dieser Entwicklung sei mit den gestiegenen Anforderungen angepaßten Ausbildungsgängen und durch engagierten Einsatz aller Mitarbeiter Rechnung getragen. Es sei nun endlich an der Zeit, diese Vorleistungen zu honorieren, wenn man nicht Gefahr laufen wolle, dringend benötigte qualifizierte Mitarbeiter an andere, höher dotierte Berufszweige zu verlieren. Es sei ein Skandal, daß z. B. Diplom-Bibliothekare (Vollabitur, sechssemestriges Studium an

Hochschulinsti-tuten bzw. Fachhochschulen mit akademischem Abschluß) genau drei Stufen schlechter bezahlt würden als vergleichbar ausgebildete Lehrer.

Carl Amery, 1. Vorsitzender des Verbandes Deutscher Schriftsteller in Bayern in der IG Druck und Papier, trat dafür ein, das bisherige „Luxusdampfersystem“ kultureller Subventionen, das mit seiner Unterstützung des traditionellen Theaters, der Oper usw. vor allem einer privilegierten Minderheit dient, zugunsten breitenwirksamer Bildungseinrichtungen zu ändern. Eine solche Politik könne der gefährlich zunehmenden Konzentration und Kommerzialisierung der Literatur im Verlagswesen entgegenwirken und durch allgemein zugängliche Quellen eine demokratische Meinungsbildung und interdisziplinäre „Erziehung“ ermöglichen, die in Zeiten des „life-long-learning“ mindestens ebenso wichtig sei wie die schulische Ausbildung.

Dr. Alfons Ott, Direktor der Städt. Bibliotheken München und Vorstandsmitglied des Bayerischen Bibliotheksverbandes, widersprach mit dem Hinweis auf explosionsartig ansteigende Ausleihzahlen den Kassandrarufen vom „Ende des Lesezeitalters“ und führte aus, daß – auch und gerade in Zeiten wirtschaftlicher Rezession – entsprechende finanzielle Mittel für Anschaffungs- und Personaletats bereitgestellt werden müßten, um die berechtigten Anforderungen der Öffentlichkeit an den Medienbestand und seine Vermittlung durch ein Team qualifizierter Fachkräfte zu befriedigen.

Der Leiter der Hauptabteilung Gemeinden im ÖTV-Vorstand, Franz Josef Gratzfeld, bezeichnete die Klagen der Beschäftigten an Bibliotheken und verwandten Instituten als berechtigt: eine Anpassung der tariflichen Tätigkeitsmerkmale an die de facto veränderten Gegebenheiten sei dringend erforderlich. – Er berichtete über die jahrelangen vergeblichen Bemühungen der Gewerkschaft, die Arbeitgeber endlich an den Verhandlungstisch zu bringen.

Grußworte und -adressen verschiedener Berufsverbände, Institutionen und Gruppen aus allen Teilen der Bundesrepublik machten deutlich, daß die Beschäftigten an Bibliotheken, Archiven und Dokumentationsstellen nicht länger gewillt sind,

auf die Erfüllung ihrer berechtigten Ansprüche geduldig zu warten, nur weil (bzw. – im Hinblick auf die finanzielle Belastung: obwohl) sie nur eine zahlenmäßig kleine Sparte darstellen.

Nach erregter Diskussion forderten die Anwesenden in einer Resolution zum Schluß der Veranstaltung die unverzügliche Aufnahme von Tarifverhandlungen und Anpassung der Eingruppierungsrichtlinien für alle Beschäftigten im Bibliotheks-, Archiv- und Dokumentations-Dienst, deren qualifizierte Tätigkeit und erhöhte Leistungsbereitschaft bisher funktionell und gesellschaftlich kaum anerkannt und in keiner Weise angemessen honoriert wurden.

Mitgliederversammlung der Landesgruppe Hamburg des VdDB und des Landesverbandes des VDB

Stellungnahme der Bibliothekare zur bibliothekarischen Situation in Hamburg

Im Oktober 1974 haben die Landesgruppe des VdDB und der Landesverband des VDB zusammen eine Stellungnahme zur bibliothekarischen Situation in Hamburg an die Behörde für Wissenschaft und Kunst abgegeben und um ein Gespräch gebeten. Informiert wurden außerdem weitere Instanzen. Da bis März 1975 weder von der o. g. Behörde noch von anderer Seite irgendeine Reaktion kam, richteten die Bibliothekare im März 1975 eine Nachfrage an den Präses der o. g. Behörde selbst, Herrn Senator Prof. Biallas. Auch auf diese Nachfrage erfolgte keine Antwort. – Nach längerer Diskussion entschieden sich die Mitglieder einstimmig dazu, die Antwort per Einschreiben und mit Fristsetzung anzumahnen. Wenn bis zum 30. 9. keine Antwort eingegangen ist, sollen weitere Maßnahmen ergriffen werden, die zumindest die formale Seite dieses Vorganges beleuchten.

Weitere Veranstaltungen

Mitgliederversammlungen, Besichtigungen u. a. Veranstaltungen zur Fort- und Weiterbildung sollten durchschnittlich ca. viermal im Jahr stattfinden.

Am 2. 9. unternimmt der Arbeitskreis für Dokumentation eine Besichtigungsfahrt in die Bibliothek des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel. Interessierte Bibliothekare können daran teilnehmen.

Im Oktober wird im Arbeitskreis für Dokumentation über das

„Bundesförderungsprogramm Information und Dokumentation“ referiert werden. Einladungen dazu sollen auch an die Mitglieder der Landesverbände verschickt werden.

Bibliothekartag 1975 / Konstanz

Über Einzelfragen der Mitgliederversammlungen berichteten für den VdDB Frau Hopp und für den VDB Herr Dr. Jütte. Die Protokolle der Sitzungen des VdDB (Vorstand, Beirat, Kommissionen, Mitgliederversammlung) können bei Frau Hopp eingesehen werden.

Insbesondere wurde über folgende Punkte berichtet:

- a) Auf den Mitgliederversammlungen des VDB und des VdDB wurde das Kooperationsmodell verabschiedet;
- b) Zum Bundesförderungsprogramm für Information und Dokumentation (IuD) ist von beiden Verbänden eine Resolution verabschiedet worden, in der die zugesicherte Beteiligung der Bibliothekare an der Diskussion des Bundesförderungsprogramms und seiner Konsequenzen nochmals nachdrücklich gefordert wird;
- c) Das 2. Bundesvereinheitlichungsgesetz zur Besoldung bindet die Länder an die Bundesregelung. Eine einheitliche Dienstpostenbewertung wird angestrebt;
- d) Der nächste Bibliothekartag wird 1976 in Münster stattfinden. Die Vorbereitungen dazu sollen von beiden Verbänden gemeinsam aufgenommen werden.

Auch in Schleswig-Holstein: Keine Antwort

In einem Schreiben vom 15. Januar (!) 1975 bat der VdDB-Beirat für Schleswig-Holstein das Kultusministerium um Auskunft über die **Rechtslage** des gehobenen Dienstes an wissenschaftlichen Bibliotheken im nördlichsten Bundesland. Die Ausbildungs- und Prüfungsordnung von 1950, die noch nicht

außer Kraft gesetzt ist, sah die theoretische Ausbildung der Beamtenanwärter an der Hamburger Bibliotheksschule vor, ist aber durch die Neuregelung in Hamburg praktisch gegenstandslos geworden. Danach sind die Einstellungsvoraussetzungen für Studenten der Fachhochschule u. E. unklar, ebenso

die Frage der Nachgraduierung und der Eingruppierung von Dienstanfängern. Trotz Anmahnungen vom 3. 3. 75 und 1. 7. 75 sowie einer Anfrage des Vorsitzenden der VdDB-Besoldungskommission vom 29. 4. 75 ging weder ein Eingangsbescheid noch eine Stellungnahme bis zum Redaktionsschluß dieses Rundschreibens ein. Telefonisch wurde die Bearbeitung jedoch am 22. 7. für die „nächsten Tage“ in Aussicht gestellt. – Bisher sollen die Unterlagen von Schreibtisch zu Schreibtisch weitergewandert sein, da sich keiner der Bearbeiter zuständig fühlte. –

Nachdem der Antrag auf Durchführung eines **RAK-Fortbildungsseminars** in Kiel im Frühjahr 1975 durch die allzulange Bearbeitungszeit beim Kultusministerium hinfällig geworden war, unternahm der Beirat für Schleswig-Holstein mit Schreiben vom 2. 6. 1975 einen erneuten Vorstoß, um nunmehr Ende 1975 diesen Lehrgang zu ermöglichen. Dieses Schreiben blieb ebenfalls bisher unbeantwortet, aber auch hier wurde eine Bearbeitung „in Kürze“ durch den Sachbearbeiter einer der für das Bibliothekswesen teilweise zuständigen Abteilungen des Kultusministeriums in Aussicht gestellt.

Aus den Mitteilungen des Bundesministers für Forschung und Technologie vom 10. Juli 1975

Votum des Fachausschusses

„Datenverarbeitung und Dokumentation“

Der Fachausschuß hat am 5. Juni 1975 den vorliegenden Rohentwurf zum 3. DV-Programm diskutiert.

Er hält es für erforderlich, die nach der Fusion von CII und Honeywell-Bull zu einem gemeinsamen Unternehmen veränderte Situation der UNIDATA zu überdenken und mögliche Auswirkungen auf Zielsetzung und Schwerpunkte der Industrieförderung zu berücksichtigen. Insbesondere sollen Maßnahmen betont werden, die der Entwicklung einer lebensfähigen DV-Industrie in Deutschland dienen können.

Im 3. DV-Programm sollte der Wille des BMFT zum Ausdruck kommen, den Herstellern von Kleinrechnern und Datenendgeräten eine enge industrielle Kooperation untereinander und mit den Herstellern größere Anlagen zu ermöglichen, dabei ist die Bedeutung von Verabredungen über wichtige Schnittstellen weiter zu untersuchen.

Die Erschließung neuartiger Anwendungen der Datenverarbeitung wird nach Auffassung des Fachausschusses durch die Entwicklung der UNIDATA nicht beeinflusst.

Votum zur Luft- und Raumfahrt-Dokumentation

Der zur Beratung des BMFT beim Aufbau von Fachinformationssystemen (FIS) berufene Ad-hoc-Ausschuß „FIS Energie, Physik, Mathematik“ hat in seiner konstituierenden Sitzung am 28. Mai 1975 die Empfehlung ausgesprochen, „den zur Zeit von der Zentralstelle für Luft- und Raumfahrtokumentation

und -information (ZLDI) betreuten Bereich Luft- und Raumfahrt in das zu gründende Fachinformationszentrum (FIZ) ‚Energie, Physik, Mathematik‘ einzugliedern, weil damit ein sehr ausgewogener fachlicher Verbund entsteht, der in Verbindung mit den vergleichbaren Arbeitsmethoden und Dienstleistungsstrukturen eine optimale Benutzerversorgung erwarten läßt.“

Dieses Votum beruht auf der sorgfältigen Beratung einer entsprechenden Stellungnahme der Fachplanungsgruppe, die auch vom Projektträger – dem Institut für Dokumentationswesen – und seinem ihn beratenden Lenkungsausschuß getragen wird.

Votum zur Chemie-Dokumentation

Der zur Beratung des BMFT für den Aufbau des Fachinformationssystems Chemie berufene Ad-hoc-Ausschuß hat in seiner konstituierenden Sitzung am 4. Juni 1975 folgende Empfehlung ausgesprochen:

„Der Ausschuß ist der Meinung, daß als Basisinformation die Literaturdokumentation (Zeitschriften, Monographien und Patente) unbedingt notwendige Voraussetzung für den Bestand des Fachinformationssystems Chemie ist. Darüber hinaus besteht für die Datendokumentation (einschließlich Toxizitätskartei) im weitesten Sinne hohe Priorität. Andere Bereiche (z. B. Trivial- und Handelsnamenkartei) sind wünschenswert.

Die Versorgung mit Informationen über Normen und technische Regelwerke ist durch eine ‚Informationseinrichtung mit besonderer Zweckbestimmung‘ sicherzustellen, die Versorgung mit Übersetzungen durch eine zentrale Fachbibliothek.“

Literaturhinweis

Cyntha, Helmut, Hinrich Vollers, Alfred Knafler: Beschreibung und Bewertung von Arbeitsplätzen und Dienstposten in wissenschaftlichen Bibliotheken. – Hannover-Waldhausen: Nord-

westverlag 1975. – 64 S.; 25 cm (Veröffentlichungen der Niedersächsischen Bibliotheksschule Hannover. Bd. 1.) (DFW. Dokumentation, Information, Beihefte.)

Personalnachrichten

Kollegenpublikationen (VdDB)

Brach, Gisela: Trierische Kronik“ 1816–1825: Verzeichnis der Aufsätze und Beiträge.

T. 1: 1816–1820. In: Landeskundliche Vierteljahrsblätter. Jg. 19. 1973. S. 171–179.

T. 2: 1821–1825. In: Landeskundliche Vierteljahrsblätter. Jg. 20. 1974, S. 99–111.

Janssen, Peter T.: Het begrip bibliotheekwetenschap naar zijn historisch-filologische en sociologische inhoud geanalyseerd uit de continentaal-Europese vakliteratuur van 1807 tot 1962. – Antwerpen: Stedelijke Technische Leergangen voor Bibliotheeksweten 1971/72. – IX, 140, LII S.

Rezensien in: Zentralblatt f. Bibliothekswesen.

Jg. 88. 1974, S. 748–749.

Veränderungen im VdDB

Armbruster, Hedwig	bisher Dt. Arch. Inst., Zentral-Direktion Berlin jetzt Dt. Arch. Inst., Cairo-Zamalek
Bonse, Mechtild	bisher SB München jetzt Bayerische Bibliotheksschule München
Briel, Gisela von	jetzt Holzhüter, Gisela
Gause, Dorothea	bisher Dt. Arch. Inst., Cairo-Zamalek jetzt Bibl. d. Bundesumweltschutzes, Berlin
Glass, Monika	bisher Dt. Hist. Inst., Rom jetzt Roman. Sem. d. Univ. Hamburg franz.-ital. Bibl.
Graulich, Monika	bisher UB Giessen jetzt Bibl. d. Fachhochschule Giessen
Hassdenteufel, Ruth	jetzt Joks, Ruth jetzt UB Düsseldorf
Herold, Jutta	jetzt Schmid-Herold, Jutta
Kurth, Christine	bisher UB Kaiserslautern, ab 1. 1. 75 beurlaubt
Lohmann, Gisela	jetzt Coenen, Gisela
Lohse, Ingbert	bisher UB Augsburg bis 1. 12. 77 beurlaubt
Molorny, Maria	jetzt Holtenhorst, Maria
Müller, Anita	jetzt Nickenig, Anita (bisher UB Saarbrücken)
Müller, Ritamarie	jetzt Klein, Ritamarie
Niedick, Gerda	früher Walter-Verl., Olten jetzt selbständige literarische Agentur Niedick, Linder & Co.
Pampus, Erika	bisher UB Münster jetzt StB Hamm
Reessing, Marianne	bisher SB Bremen jetzt Bibliotheksreferendarin UB Düsseldorf
Ruhl, Heidemarie	jetzt Walsch, Heidemarie

Schuchmann, Maria und Rudolf	bisher UB Marburg jetzt UB Münster
Schultz, Klaus	früher SB München jetzt Operndramaturg d. Städt. Bühnen Frankfurt
Spannagel, Dorothea	jetzt Horz, Dorothea
Weigmann, Ingeborg	früher LB Karlsruhe jetzt MPI Heidelberg
Wilde, Beatrice	jetzt Hartmann-Wilde, Beatrice
Zeigermann, Inka	bisher Polizei/Zentralbücherei Hamburg, jetzt GHB Duisburg

Neue Mitglieder im VdDB

Angelkort, Adelheid	Biolog. Anstalt Helgoland
Augustin, Bernd	SB Pr. K. Berlin
Augustin, Monika	SB Pr. K. Berlin
Bayer, Elke B.	Stud. Fachhochschule Hamburg
Boutros, Marcos	UB Bochum
Breucker, Uta	Stud. Fachhochschule Hamburg
Buchner, Manfred	UB Regensburg
Christe, Sigrun D.	Stud. Fachhochschule Hamburg
Dejon, Margit	UB Mannheim
Findeiß, Annelies	Wiss. theol. Sem. d. Univ. Heidelberg
Gebler, Claudia	UB Würzburg
Hanrath, Gudrun	UB d. FU Berlin
Helger, Inge	UB Bayreuth
Hermann, Arthur	Theol. Fak. d. Univ. Heidelberg
Hermes, Brigitte	IBM Hamburg
Herrmann-Scheid, Doris	UB Saarbrücken
Horz, Ingeborg	Battelle, Centre de recherche, Bibliotheque, Genf
Ionescu, Gertrud	Zentralbibl. d. Fachhochsch. Darmstadt
Kasten, Irene	Bücherei d. Niedersächs. Landesrechnungshofes, Hildesheim
Lamm, Ilona	Hessische LB Wiesbaden
Landwehr, Kristin	UB Stuttgart
Lange, Ursula	Bibl. d. Med. Hochschule Hannover
Leidag, Helma	Murhardsche Bibl. d. Stadt Kassel und LB
Lühmann, Marianne	Bibl. d. Hochschule d. Bundeswehr Hamburg
Martin, Ingeborg	Bibl. d. Bevollm. d. Bundesreg. in Berlin - Abt. Innerdeutsche Beziehungen -
Nichterlein, Doris	Inst. f. Völkerrecht d. Univ. Göttingen
Obst, Barbara	Luftwaffenamt/Fachbibl. Fliegerh. Wahn
Radewagen, Erika	Bibl. d. Bundesrechnungshofes Frankfurt
Regge, Christiane	Bibl. d. Dt. Bundestages Bonn

Ribbeck, Barbara	Bibl. d. RWTH Aachen
Ronnefeldt, Gunhild	UB Stuttgart-Hohenheim, Volkswirtschaftl. Bereichsbibliothek
Rubrecht, Ursula	UB Bonn/Abt. Zentralbibl. d. Landwirtschaftswissenschaft
Schenk, Christine	UB Stuttgart
Schleinitz, Hedwig Frfr. von	Bibl. d. Bundesmin. d. Innern Bonn
Schmitt, Katharina	Bibl. d. Med. Hochschule Hannover
Sobocinski, Franz-Josef	Zentralbibl. d. Medizin Köln
Sprenger, Gisela	UB Würzburg
Treumann, Franz	SuUB Göttingen
Unsöld, Annelotte	UB Kiel
Vosse, Helga	GHB Duisburg
Weidlich, Christine	UB Bonn
Wiesner, Margot	StuUB Frankfurt
Wohlfarth, Martin	UB Clausthal

Neue Mitglieder im VDB

Dr. Andreesen, Walter	Dr. Leskien, Hermann
Hammer, Wolfgang	Dr. Schibel, Wolfgang
Karpp, Gerhard	Dr. Weigand, Karlheinz

Stellenangebote

1. Bibliothek der Pädagogischen Hochschule Rheinland, Abt. Bonn, 53 Bonn, Römerstr. 164, Tel. 02221/55 02 56: 1 x A 11 für die Leitung der Benutzungsabteilung. Bewerbungen bitte an den Leiter der Bibliothek.
2. Der Regierungspräsident Düsseldorf, 4 Düsseldorf 30, Tel. 4499 419, Cecilienallee 2: 1 x A 9/10 für die selbständige Leitung dieser Behördenbücherei. Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf und beglaubigten Zeugnisabschriften erbeten.
3. Staatsinstitut für Bildungsforschung und Bildungsplanung, 8 München 81, Arabellastr. 1/VI, Tel. 9214-2375: 1 x A 9/10. Bewerbungen bitte an das Staatsinstitut für Bildungsforschung und Bildungsplanung, Literaturversorgung, Frau Schray, Tel. 9214-3516.